

Abstimmung vom 4.12.1988

Zahlenmässige Lösung des «Ausländerproblems» scheitert erneut

**Abgelehnt: Volksinitiative «für die Begrenzung der
Einwanderung»**

Roswitha Dubach

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Dubach, Roswitha (2010): Zahlenmässige Lösung des «Ausländerproblems» scheitert erneut. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 460–461.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Seit 1979 nimmt die ausländische Wohnbevölkerung der Schweiz wieder zu, was in erster Linie die Folge einer verbesserten Beschäftigungslage ist. Ferner steigen seit Anfang der 1980er-Jahre die Asylgesuche in der Schweiz kontinuierlich an. Vor diesem Hintergrund frischt die Nationale Aktion den Überfremdungsgedanken erneut auf. Sie reicht 1985 die zwei Jahre zuvor lancierte Volksinitiative «für die Begrenzung der Einwanderung» ein und will – wie mit den Überfremdungsinitiativen der 1970er-Jahre – das «Ausländerproblem zahlenmässig lösen» (BBI 1988 I 590; vgl. Vorlagen 220, 242, 265, 266).

In seiner Botschaft vom November 1987 empfiehlt der Bundesrat dem Parlament die Initiative mit folgenden Hauptargumenten ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung: Die Annahme würde insbesondere in Betrieben mit saisonaler Beschäftigung sowie im Gesundheits- und Textilwesen zu wirtschaftlichen Störungen führen und damit auch Arbeitsplätze von Schweizerinnen und Schweizern gefährden. Sie wirkte sich zudem nachteilig auf die Sozialversicherungen und das Bildungswesen aus. Nachbarliche und internationale Beziehungen würden beeinträchtigt, da die Schweiz mehrere internationale Abkommen kündigen müsste.

Die zuständige Bundesrätin Elisabeth Kopp (FDP) hebt in ihrer Stellungnahme vor dem Parlament zudem hervor, dass die Initianten mit dem Einbezug der Flüchtlinge in ihre Begrenzungsforderung unseriöserweise zwei Politikbereiche – Asylfrage und Arbeitsmarkt – vermischten, die nichts miteinander zu tun hätten. Bei Annahme der Initiative würden überhaupt keine Probleme der Asylpolitik gelöst. National- und Ständerat folgen dem Bundesrat ohne lange Debatte beinahe einstimmig.

GEGENSTAND

Die Initiative verlangt, dass die Zahl der ausländischen Einwanderer während 15 Jahren jährlich höchstens zwei Drittel der ausländischen Auswanderer des Vorjahres betragen darf, solange die gesamte Wohnbevölkerung der Schweiz, die zu dieser Zeit bei 6,6 Millionen liegt, 6,2 Millionen überschreitet. Nach Ablauf dieser Frist darf die Zahl der jährlich zum Daueraufenthalt zugelassenen Ausländer (inklusive Flüchtlinge) die Zahl der im Vorjahr ausgereisten Ausländer mit Daueraufenthaltsbewilligung nicht übersteigen. Zudem soll die Zahl der jährlichen Saisonbewilligungen auf 100 000 und die Zahl der jährlichen Grenzgänger auf 90 000 begrenzt werden. Und schliesslich sollen zeitlich befristete Aufenthaltsbewilligungen keinen Rechtsanspruch auf eine Daueraufenthaltsbewilligung begründen.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Ausser der Nationalen Aktion, der EDU und der Vigilance lehnen alle Parteien und alle Wirtschaftsdachverbände die Initiative ab. Wie bei den Überfremdungsinitiativen in den 1970er-Jahren führen die rechten Initianten einen emotionalen, bisweilen demagogischen, aber nicht mehr gleichermassen intensiven Abstimmungskampf. Das Initiativkomitee wirbt vor allem mit Identitätsargumenten für die Initiative: Die Schweiz

sei kein Einwanderungsland und die Präsenz einer Million Ausländer – namentlich auch Flüchtlinge – gefährde die schweizerische Identität und verschärfe weitere soziale Probleme wie die Umweltverschmutzung und die Wohnungsnot.

ERGEBNIS

Die Volksinitiative wird bei einer leicht überdurchschnittlichen Stimmbeteiligung von 52,8% mit einem Neinstimmenanteil von 67,3% sehr deutlich abgelehnt. Dabei verwerfen sie auch alle Kantone, wobei die Ablehnung der meisten Westschweizer und der Grenzkantone tendenziell etwas höher liegt als bei der Mehrheit der Kantone der Deutschschweiz. Vor dem Hintergrund einer latenten gesellschaftlichen Krisenstimmung und angesichts einer Reihe ungelöster wirtschaftlicher und sozialer Probleme befürchteten die Gegner der Initiative einen höheren Jastimmenanteil.

QUELLEN

BBI 1988 I 589; BBI 1988 II 1142. APS 1983 bis 1988: Sozialpolitik – Soziale Gruppen – Ausländische Bevölkerung. Vox Nr. 36.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.